



## DIE »VOLKSREPUBLIKEN« DONEZK UND LUHANSK

■ ANALYSE	
Der Vendée-Krieg der Ukraine?	
Ein Blick auf die Widerstandsidentität des Aufstands im Donbass	2
Von Bruno De Cordier (Universität Gent)	
■ DOKUMENTATION	
Politische Entwicklungen in den »Volksrepubliken« im Herbst 2016	7
Stellungnahme zum Vorwahlkampf 2016 in den »Volksrepubliken«	11
Bewegungsfreiheit in der Ostukraine.	
Das Überqueren der Kontaktlinie in den Regionen Donezk und Luhansk	12
Von Levon Azizian	
(Wostok SOS, Justice for Peace in Donbas. Coalition of Human Rights Organisations, Region Luhansk)	
Donbass-Leak	14
■ CHRONIK	
24. Oktober – 6. November 2016	15

## Der Vendée-Krieg der Ukraine? Ein Blick auf die Widerstandsidentität des Aufstands im Donbass

Von Bruno De Cordier (Universität Gent)

*Der Reaktionär sympathisiert mit dem Revolutionär von heute,  
denn er verkörpert die Rache am Revolutionär von gestern.  
Nicolás Gómez Dávila (1913–1994)*

### Zusammenfassung

Dieser Artikel vertritt die Ansicht, dass die treibenden Kräfte hinter dem Aufstand in Donezk und Lugansk bei weitem nicht nur den Klischees vom durch Moskau unterstützten Separatismus entsprechen und auf zynischen geostrategischen Kalkulationen und Ressourcen gründen. Vielmehr spielen auch psychologische Faktoren eine Rolle, nicht zuletzt das Gefühl, dass eine Gesellschaft und ein Lebensstil bedroht sind. Dementsprechend werden sechs zentrale Bestandteile der ideologischen Orientierung und der Widerstandsidentität der Aufständischen in der Südostukraine vorgestellt: die Donbass-Identität, das Erbe der UdSSR, der Große Vaterländische Krieg (d. h. der Zweite Weltkrieg) und der Antifaschismus, die christliche Orthodoxie, die Freiheitsidentität der neurussischen Steppe und der anti-koloniale Widerstand.

### Überleben und kollidierende soziale Ordnungen

In mancher Hinsicht erinnert der Aufstand im Donbass, der sich nun im dritten Jahr befindet, an den Vendée-Krieg, der von Frühjahr 1793 bis Anfang 1796 im post-revolutionären Frankreich stattgefunden hat. Ein pauschaler Vergleich dieser beiden Episoden macht angesichts der Unterschiedlichkeit ihrer historischen Umstände, Ursprünge und lokalen Gegebenheiten natürlich überhaupt keinen Sinn. Der häufig missverständene Charakter des Vendée-Kriegs und die massive Vertreibung sowie die humanitären Folgen, mit denen der Aufstand und seine Bekämpfung einhergingen, sind aber höchst lehrreich. So ging diese konterrevolutionäre Bewegung etwa weit über die Haltung ignoranter katholischer Bauern hinaus, die durch Klerus und Adel – in Reaktion auf den Verlust von Besitz, Status und Privilegien – zum Aufstand gegen Vertreter und Unterstützer des republikanischen Regimes in Paris manipuliert oder gezwungen worden waren.

Tatsächlich wurde die post-revolutionäre jakobinische Ordnung von weiten Teilen der einfachen Landbevölkerung genauso wie von Teilen der Provinzeliten als existentielle Bedrohung ihrer traditionellen Identitäten und Lebensweisen und ihrer unabhängigen regionalen Bräuche wahrgenommen, gleichzeitig spielte eine gewisse Loyalität gegenüber der abgesetzten Monarchie eine Rolle. Die post-revolutionären Reformen und die Umverteilungsmaßnahmen kamen hauptsächlich einer bourgeois städtischen Minderheit und nicht der Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung zugute. Das Fass zum Überlaufen brachte dann die Einführung der Wehrpflicht. Auch wenn die Guerilla von Adligen und Gildenmeistern angeführt wurde, war sie im Kern eine

Volksbewegung. Im Vendée-Krieg stießen eher gegensätzliche gesellschaftliche und kulturelle Bestrebungen und verschiedene Auffassungen von Freiheit aufeinander, als dass eine progressive republikanische Regierung einem reaktionären Rückschlag gegenübergestanden hätte. Hauptsächlich lehrt dieser Krieg, dass emanzipatorische Ideale, werden sie umgesetzt – ganz gleich, ob schleichend oder mit harter Hand –, oft von genau den Teilen der Bevölkerung als destruktiv erlebt werden, die sie »emanzipieren« oder »aufklären« sollen.

Eben dieser Aspekt ist zur Beurteilung der Vorgänge in Donezk und Lugansk relevant. Wäre der Aufstand im Donbass wirklich lediglich eine Aktion von Moskau unterstützter Söldner, die die Bevölkerung zugunsten zynischer Interessen des organisierten Verbrechens, regionaler Oligarchen und des ehemaligen ukrainischen Präsidenten terrorisieren, oder würde er ohne jegliche lokale Unterstützung, ideologisches Narrativ und wirklichen Glauben an ein gesellschaftliches Projekt betreiben, dann wäre er sehr wahrscheinlich schon vor einiger Zeit zusammengebrochen oder gekauft worden. Es spielt keine Rolle, dass die von der ukrainischen Regierung und ihren Verbündeten nicht kontrollierten Teile von Donezk und Lugansk angeblich von Informationen aus der Außenwelt abgeschottet sind – eine hermetische Abschottung ist heutzutage nicht mehr möglich. Der Krieg, seine humanitären Konsequenzen und psychologischen Auswirkungen, haben einen Punkt erreicht, an dem sich Identitätsfragen und soziologische Unterschiede, die schon viel länger in der Ukraine existieren, so zugespitzt haben, dass eine psychologische Wiedereingliederung der betroffenen Regionen nicht mehr möglich scheint.

Sollte es also tatsächlich eine Identität und ein gesellschaftliches Konzept geben, welche von den Aufstän-

dischen gegen externe Aggression und existentielle Bedrohungen verteidigt werden, woraus bestehen diese dann und welche Eigenschaften haben sie? Natürlich unterscheiden sich die Kämpfer und die formelle und informelle Führung der Republiken von Donezk und Lugansk stark in ihren persönlichen Motivationen und dem Ausmaß an ideologischem Bewusstsein. Analysiert man aber den Kern von Diskurs, Symbolen, Ikonographie und auch Propagandamaterial der Aufständischen, so wird meiner Meinung nach ein ideologisches Narrativ sichtbar, das sich um sechs Komponenten gruppiert: die Donbass-Identität, das Erbe der UdSSR, der Große Vaterländische Krieg (d. h. der Zweite Weltkrieg) und der Antifaschismus, die christliche Orthodoxie, die Freiheitsidentität der neurussischen Steppe und der anti-koloniale Widerstand.

### Die Donbass-Identität

Zum ersten haben sich die lokalen Proteste gegen (nicht umgesetzte) Pläne der neuen ukrainischen Führung, das Sprachengesetz abzuschaffen und die Anerkennung der russischen sowie anderer Minderheitensprachen zurückzunehmen, zu einem Kampf entwickelt, der von etwas mobilisiert wurde, das man den *Spirit des Donbass* nennen kann, also jener Gegend, die grob gesprochen zwischen Lugansk und dem Asowschen Meer liegt.

Dieser Spirit verweist auf einen für diese alte Industrieregion typischen Menschenschlag. Ein häufig erwähnter Aspekt ist die Tradition von Unruhen, die in dem historischen Umstand wurzeln, dass die Region – ursprünglich eine von nomadischen Turkvölkern wie den Kuman und den Kipçak bewohnte Steppe – schon früh Zufluchtsort für slawische Dissidenten war. Die Gegend um Lugansk zog beispielsweise protoukrainische Bevölkerungsgruppen an, die während Bogdan Chmelnyzki's Kosakenaufstand zwischen 1648 und 1654 vor der polnischen Herrschaft geflohen waren. Nach 1685 siedelten sich große Gruppen verfolgter abtrünniger altorthodoxer Gläubiger in der damaligen Peripherie des russischen Großraums an, getrieben vom eschatologischen Glauben an ein baldiges Weltende. Teile der heutigen Südostukraine gehörten auch lange zu den freien Gebieten der Don-Kosaken. Die derzeitige soziologische Identität der Region geht aber auf die schrittweise Industrialisierung zurück, die nach der ersten Entdeckung der Kohlevorkommen 1720 begann und mit Kohle, Stahl und Eisenbahn sowie mit dem Einsetzen internationaler Investitionen zwischen 1860 und 1890 in Schwung kam.

Als industrielles Herz des zaristischen Russlands und später der UdSSR wurde der Donbass ein Epizentrum verschiedenster Arbeiter- und sozialer Bewegungen. Aus ihnen heraus wurde etwa 1918 die Sowjetrepublik

Donezk-Kriwoi Rog gegründet, die nur kurz existierte und deren Fahne die heutige Republik Donezk verwendet. Zum Ende der Sowjetunion 1989/90 führten diese Bewegungen zu den Bergarbeiterstreiks im Donbass. Noch wichtiger ist für die Verfechter der Donbass-Identität jedoch das Bild vom Donbass als Heimat rauer, aber ehrlicher und zuverlässiger Arbeiter, denen harte Arbeit eher liegt als reden und heiße Luft und deren Lebensstil, Einstellungen und Werte dementsprechend denjenigen der arroganten Kosmopoliten und wetterwendigen »New Economy«-Geschäftsleute aus Kiew komplett zuwiderlaufen, genauso wie denen der galizischen (d. h. westukrainischen) Mitteleuropäer, deren Identität auf ihrer langen Zugehörigkeit zum Habsburger Reich und zum polnischen Einflussbereich gründet.

Antipathie und soziales Vorurteil beruhen übrigens auf Gegenseitigkeit, die Bevölkerung des Donbass wird in europhilen Salons und Hipster-Cafés als hinterwäldlerischer und prolliger Menschenschlag beschrieben, der es nicht schafft, mit der Globalisierung zurechtzukommen.

Auf der Seite des Donbass ist hingegen die Vorstellung dominant, dass vor allem der Donbass für das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes verantwortlich ist – hier befand sich bis zum Krieg ein Großteil der ukrainischen Industrie und des ukrainischen Bergbaus und hier wurde zwischen 1997 und 2007 ein beträchtlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung des Landes geleistet.

Der derzeitige Konflikt wird nicht als ethnischer Krieg zwischen Ukrainern und Russen verstanden, obwohl der Donbass zwischen 1926 und 1959 durch die Ansiedlung nichtukrainischer Gruppen aus anderen Teilen der UdSSR, die in der Industrie arbeiten sollten, demographisch betrachtet russifiziert oder zumindest diversifiziert wurde. Tatsächlich haben viele aufständische Kämpfer und deren Unterstützer selbst (zum Teil) ukrainische Wurzeln. Es ist eher ein Kampf für einen inklusiven Donbass, der sich definiert über Multiethnizität, regionale Verbrüderung, bestimmte Formen der sozialen Organisation und die verbindende Kraft der russischen Sprache – die für etwa zwei Drittel der Bevölkerung der beiden Provinzen laut offiziellen Volkszählungen Muttersprache oder zumindest Alltagssprache ist.

### Sowjetische Restauration

Der zweite zentrale Bestandteil der Donbass-Widerstandsidentität sind Erinnerungen an die sozialen Errungenschaften und die soziale Gerechtigkeit in der Sowjetunion. Dabei haben wir es weder mit einem Bekenntnis zur marxistischen Ideologie noch zur politischen Führung der lokalen kommunistischen Parteien unter den Aufständischen zu tun. Wichtig ist hier vielmehr die

Idee eines großen und starken Vaterlands, in dem der Donbass als Herzstück und historisches proletarisches Zentrum eine besondere Position einnahm, die ihm zu Selbstvertrauen und einer Reihe von Privilegien verhalf. Die Zugehörigkeit zu einem organischen russisch dominierten Großraum gilt als Bedingung für das Überleben des Donbass sowohl als Wirtschaftsraum als auch als soziale Identität. Die Donbass-Widerstandsidentität erkennt zwar Privatbesitz und Marktwirtschaft an, ihr Mobilisierungsdiskurs betont jedoch auch die Notwendigkeit, die sozialökonomische Rolle des Staates als Emanation des Volks und die staatliche Kontrolle über die wichtigsten Wirtschaftssektoren im Donbass wiederzubeleben, und stellt sich damit komplett in Opposition zu angelsächsischem Neoliberalismus und Marktfundamentalismus. Die Bevölkerung im Donbass kann durch eine Integration in die Europäische Union, bei der in Westeuropa seit den 1980er Jahren alte Industriegebiete und -gesellschaften durch Zechenschließungen und Deindustrialisierung demontiert und marginalisiert wurden, nicht gewinnen.

Die UdSSR wird außerdem mit sozialer Stabilität bei ziemlich gleichmäßiger Einkommensverteilung, niedriger Verbrechensrate, ziemlich gut entwickelten sozialen Dienstleistungen, einer Arbeitsplatzgarantie und starkem Humankapital assoziiert. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der ukrainischen Unabhängigkeit funktionierte ein beträchtlicher Teil der Donbass-Industrie mit neuen Besitzstrukturen und innerhalb der neuen Finanzoligarchien national und global wirtschaftlich weiter. Viele der sozialen Errungenschaften der UdSSR gingen allerdings verloren. Direkt nach dem Untergang der Sowjetunion war der Donbass auch von einem starken Bevölkerungsrückgang geprägt. Zwischen 1989 und 1998 verlor die Region mehr als 1,5 Millionen Einwohner durch Wirtschaftsmigration, einbrechende Geburtenraten und die gesamten Auswirkungen des sozialen Zerfalls, der als existentielle Bedrohung für Lebensnerv und Identität des Donbass wahrgenommen wurde. Die sozialen und psychologischen Auswirkungen der Auflösung der Sowjetunion sind ganz eindeutig ein polarisierendes Erlebnis größeren Ausmaßes, das die derzeitige Identität des Donbass geformt hat.

### **Anti-faschistischer Widerstand**

Die Bedeutung der UdSSR oder zumindest einiger ihrer Aspekte und Episoden für den ideologischen Kontext des Donbass-Widerstands bringt uns zu dessen dritter Komponente, dem Großen Vaterländischen Krieg (1941–45) und seinem antifaschistischen Kampf. Die Aufständischen sehen sich als neue Generation von Männern, die die Pflicht zur Verteidigung des Donbass erfüllen und damit zum einen den Revolutionä-

ren der Sowjetrepublik Donezk-Kriwoi Rog nachfolgen, die die ukrainischen Nationalisten und 1918 die antibolschewistischen Don-Kosaken und ihre deutschen und polnischen Unterstützer bekämpft haben, und zum anderen natürlich auch den Partisanen, die sich von Oktober 1941 bis Februar 1943 der deutschen Besetzung des Donbass widersetzt haben. Als solche sind sie Teil einer noch stark in der alten Sowjetunion verankerten Erinnerungskultur an den Großen Vaterländischen Krieg. In der Sicht der Aufständischen haben ukrainischer Nationalismus und Ultrationalismus immer Auftrieb durch die Unterstützung ausländischer Invasoren und Besatzer bekommen.

Dies bezieht sich auch auf die Unterstützung des Deutschen Kaiserreichs für die Ukrainische Räterepublik und für Hetman Skoropadskis ukrainischen Staat von 1917/18. Besonders hervorgehoben wird die Rolle ausländischer Unterstützung in Bezug auf die galizisch-ukrainischen Nationalbewegungen und ihre Hilfseinheiten, die mit den nationalsozialistischen Besatzern der Ukraine und mit Stepan Banderas Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im Sommer 1941 kollaborierten. Die »Banderiten«, die derzeitigen ukrainischen Ultrationalisten, die in der Regierung und in den paramilitärischen Einheiten vertreten sind, die die Aufständischen im Donbass bekämpfen, gelten als direkte Nachfolger der Nazi-Kollaborateure. Aus der Perspektive der Aufständischen ist der einzige Unterschied, dass sie heute nicht mehr der deutschen Expansion dienen, sondern der Übernahme und Besetzung des Landes wie letztlich auch der russischen Welt durch die NATO und Amerika. Das erklärt die starke anti-amerikanische und Anti-NATO-Linie der Aufständischen im Donbass.

### **Orthodoxie als kulturelle Verteidigung**

Der vierte Bestandteil der aufständischen Ideologie in der Südostukraine ist die russische Orthodoxie. Russisch-orthodoxe Symbole tauchten beim Aufstand schon früh auf und einige Kosakeneinheiten wie die Orthodoxe Armee beziehen sich explizit auf den religiösen Charakter des Kampfs. Unabhängig davon, wie sehr einzelne Aufständische und ihre Unterstützer die Religion aktuell im Alltag praktizieren, sind die russische Orthodoxie und die orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats zentrale Momente der russischen Identität und ein Bindeglied für den russischen Großraum, von dem der Donbass sich in der Perspektive der Aufständischen als ein unveräußerlicher Teil versteht. Zudem gilt die Orthodoxie als Wächterin über die traditionellen Werte und Normen der Familie sowie jener sozialen Organisation, auf denen die Gesellschaft aufgebaut sein müsste. Damit wird sie als Teil der eigenen Mission gesehen, die als kulturelle Verteidigung gegen den Liberalismus und

eine verweichlichte, entchristianisierte und zum Vassalen degradierte Europäische Union beschrieben wird.

Da globalisierte Liberale ein persönliches Interesse daran hätten, die christlich-orthodoxe Zivilisation zu zerstören, werde diese von verschiedenen Seiten attackiert: von protestantischen und pfingstkirchlichen Missionaren und verschiedenen Sekten, die seit den 1990er Jahren in vielen Teilen der alten UdSSR aktiv waren, von einer ausländisch finanzierten »Zivilgesellschaft«, von breit organisierten internationalen Gay- und Transgenderkampagnen, durch militärische Aggression gegen Serbien und die Serben im ehemaligen Jugoslawien und jetzt auch noch gegen den Donbass und die russische Orthodoxie im Rest der Ukraine. Die Aussage, dass eine Reihe führender Persönlichkeiten in der aktuellen ukrainischen Regierung und in der vom Ausland unterstützten Protestbewegung Protestanten und Scientologen seien, gilt als Beleg der destruktiven Rolle von nichttraditionellen Gläubigen. An der Front im Donbass stehe daher das Überleben einer Zivilisation und des wahren Christentums auf dem Spiel.

### Freiheitsidentität der neurussischen Steppe

Eine fünfte Komponente der aufständischen Ideologie, die die geographischen Grenzen des eigentlichen Donbass überschreitet, sind die für »Neurussland« und die »wilde Steppe« typische Grenzidentität. Historisch betrachtet bezieht sie sich auf die dünn besiedelte Kipçak-Steppe und die Nordküste des Schwarzen und des Asowschen Meers, die seit dem Russisch-Ottomanischen Krieg von 1768 bis 1774 als militärisches Grenzgebiet zum russischen Großraum gehörten. Nach und nach wurden diese Gebiete dem militärischen Gouvernement Novorossiisk (»Neurussland«) einverleibt, dessen Territorium sich schließlich bis zum Dnjestr und nach Bessarabien (also dem heutigen Moldawien an der Grenze zu Rumänien) erstreckte. Der aktuelle Bezug auf Neurussland ist in zweierlei Weise relevant.

Zum einen bezieht sich Neurussland (Noworossija auf Russisch) auf Gegenden in der südlichen und südöstlichen Ukraine vom Donbass bis nach Odessa und Transnistrien, in denen das russische Element sehr präsent ist und die sich aus Sicht der aufständischen Ideologie letztendlich zu einem Staatenbund zusammenschließen sollten, wenn der derzeitige ukrainische Staat zusammenbricht.

Zum anderen gilt die alte wilde Steppe als Teil der russischen Welt mit einer starken Tradition von freien Bürgern und Pionieren. Einige Bereiche dieser Region waren bereits von slawischen Gruppen wie Kosaken, (Proto-)Ukrainern und Althodoxen besiedelt, bevor das Land vom zaristischen Russland offiziell annektiert wurde. Im 18. Jahrhundert kam es aber zu einer

systematischeren Kolonisierung durch die Ansiedlung von slawischer Bevölkerung, die das Grenzgebiet demographisch stärker im russischen Großraum verankern sollte. Anders als viele Bauern im russischen Kerngebiet waren die Siedler meist keine Leibeigenen, sondern freie Bauern. Die kosakische, demokratisch-freie Selbstverwaltung, die Bauernräte und die gemeinschaftlichen Landbesitzstrukturen, die sie schufen, waren ihrer Zeit weit voraus, gelten als historische Präzedenzfälle und werden von den Aufständischen als Grundpfeiler einer nicht-liberalen Demokratie präsentiert, die in der Region errichtet werden soll.

### Bürgerkrieg oder Kolonialkrieg?

Außerdem gibt es unter den Aufständischen die Überzeugung, dass sie, ihre Ideologen und die ihnen zugehörigen Meinungsmacher keinen separatistischen, sondern einen Kolonialkrieg kämpfen. Hier manifestiert sich zum einen eine starke Ablehnung der Oligarchen – vor allem, aber nicht nur der regierungsnahen Oligarchen, die die ukrainische Regierung als offizielle Gouverneure in der Ostukraine eingesetzt hat –, die die Ukraine und den Donbass aus dieser Sicht an ausländische Interessen verkauft und die sozialen Errungenschaften der Sowjetzeit zerstört haben.

Die aktuelle Regierung der Ukraine stehe unter der Vormundschaft des IWF, so die Vertreter dieser Überzeugung, der das Potential des Landes verschleudern will, indem er es zu einem bloßen Reservoir für billige Arbeitskräfte und zu einer Kolonie agroindustrieller transnationaler Konzerne und der Schiefergasindustrie macht, die um die zufälligerweise im Ostteil des Landes existierenden Reserven buhlt. Das bedeutet natürlich Privatisierung und über kurz oder lang die Demontage des Bergbaus und anderer Industriesektoren im Donbass.

Außerdem werden der Krieg und die sogenannte Anti-Terror-Operation im Donbass als Vorläufer einer physischen und sozialen Zerstörung des Donbass gesehen, in deren Folge der Wiederaufbau nach und nach an ausländische und mit dem Regime verquickte Unternehmen sowie aus dem Ausland finanzierte zivilgesellschaftliche und internationale Organisationen mit ihrer ideologischen Agenda übergeben werden könne.

### Resümee

Mit ihren sowjetischen, zaristischen und traditionalistisch-christlichen Anleihen ist die Donbass-Widerstandsidentität so eklektisch wie paradox. Sie ist aber jenseits der klassischen Links-Rechts-Dichotomie angesiedelt und verfügt offenbar über ein gewisses internationales Flair. Das zeigt eine Reihe westeuropäischer und lateinamerikanischer Linker, die von einer militanten

Linken enttäuscht sind, die sich – wie es einmal anekdotisch gefasst wurde – mehr um Transgenderrechte und einen fröhlichen Multikulturalismus sorgt als um die Probleme der Arbeiterklassen. Genauso gibt es militante Rechte, die den wirtschaftlichen Neoliberalismus vieler nationalistischer westeuropäischer Parteien ablehnen. Aus beiden Gruppen hat sich eine Reihe von Freiwilligen dem Donbass-Aufstand angeschlossen.

Abseits aller Ideologie ist ein bedeutsamer psychologischer Faktor zur Erklärung der Verbissenheit des Donbass-Widerstands die Erwartung, dass die Reaktion der ukrainischen Zentralregierung, ihrer Armee und der ultranationalistischen Paramilitärs nach einem Fall von Donezk und Lugansk tatsächlich der republikanischen Repression in der Vendée vor dem Aufstand und nach seiner Niederschlagung ähnlich wäre. In dieser Region mit insgesamt etwa 800.000 Einwohnern wurden mindestens 170.000 Zivilisten und Kämpfer getötet, außerdem kam es zu Massenertränkungen »widerpenstiger Elemente« und zu etwa 7.000 Todesurteilen in Reaktion auf den Aufstand. Ein Element, das in diesem Zusammenhang in Diskurs und Ikonographie des Donbass-Aufstands auftaucht, sind die »42 Märtyrer vom 2. Mai«. Gemeint sind damit die prorussischen Demonstranten, die beim Brand des Gewerkschaftsge-

bäudes in Odessa umkamen und die häufig herangezogen werden, um zu zeigen, was vermeintlich bevorstünde, würden die »Banderiten« den Donbass zurückerobern.

Insgesamt ähnelt die Widerstandsidentität des Donbass derjenigen, die sich im Laufe der Jahre in Transnistrien entwickelt hat, jener Region, die sich 1990 von Moldawien abgespalten hat. Der Transnistrische Krieg, der 1992 als Versuch einer Rückeroberung des Gebietes folgte, dauerte jedoch nur vier Monate und das Ausmaß der Zerstörung und die mit ihm einhergehende humanitäre Krise waren viel geringer als jetzt in der Südostukraine. Die Bedingungen für eine Konsolidierung einer Form von echter Staatlichkeit waren dort also günstiger. Im Donbass sind Separatismus und die internationale Anerkennung einer de-facto-Staatlichkeit an sich womöglich noch nicht einmal das Ziel. Sezession wird aber zumindest so lange als eine Notwendigkeit betrachtet, wie die Ukraine in der Sicht der Aufständischen von amerikanischen Vasallen, Liberalen und Banderiten regiert wird. Der de-facto-Staat soll außerdem als Versuchsfeld fungieren, auf dem das angestrebte gesellschaftliche und ideologische Modell in die Tat umgesetzt werden kann.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

#### *Über den Autor*

Bruno De Cordier ist Professor an der Abteilung für Konflikt- und Entwicklungsstudien, Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften, Universität Gent.

#### *Lesetipps:*

- Hiroaki Kuromia: Freedom and terror in the Donbas — a Ukrainian-Russian borderland, 1870s–1990s, Cambridge University Press 1998.
- Democratic Initiatives Foundation: Umfrage: Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt, in: Ukraine-Analysen Nr. 150 (2015), <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen150.pdf>>
- Für eine pro-aufständische Sichtweise, wie die gegenwärtige Politik der ukrainischen Regierung zu einer Kolonisierung des Landes führt, siehe Simon Uralow: Ziele der USA und Hauptaufgaben von Saakaschwili in Odessa, in: Réseau Voltaire, 15. Juni 2015, <[www.voltairenet.org/article187883.html](http://www.voltairenet.org/article187883.html)>
- Proaufständische bzw. Ansichten der Aufständischen finden sich hier: <[novorossia.today/de/](http://novorossia.today/de/)> und <[slavyangrad.de](http://slavyangrad.de/)> Anm. d. Red.: Die Redaktion der Ukraine-Analysen übernimmt grundsätzlich keine Verantwortung in irgendeiner Form für die Inhalte externer Internetseiten, deren Links angezeigt werden. Wir möchten an dieser Stelle explizit darauf hinweisen, dass der oben angegeben Link auf die Noworossija-Website auf einem Computer der Redaktion eine Virus-Warnung erzeugt hat.
- Eine Untersuchung der Bedeutung der Industrialisierung für die starke Identifizierung des Donbass mit der UdSSR findet sich bei Andrej Baranow (Андрей Баранов): Политическая идентичность Новороссии: состояние и ресурсы конструирования, in: Каспийский регион: политика, экономика, культура, Nr. 2/2015 (43), S. 98–106.
- Für eine eingehende Untersuchung der Gründe und Motivationen des Vendée-Kriegs siehe Jean-Clément Martin: La Vendée et sa guerre, les logiques de l'évènement, in: Annales, Economies, Sociétés et Civilisations, 40 (5), 1985, S. 1067–1085 und Tobias Birzer: 'L'inexplicable Vendée'. Gegenrevolutionärer Aufstand und Bürgerkrieg in Westfrankreich 1793–1796, München: GRIN-Verlag 2003.
- Für Einblicke in die Entstehung der transnistrischen »Widerstandsidentität« siehe Joris Wagemakers: National identity in Transnistria: a global-historical perspective on the formation and evolution of a 'resistance identity', in: Journal of Eurasian Affairs, 1(2), 2014, S. 50–55.

## Politische Entwicklungen in den »Volksrepubliken« im Herbst 2016

Zur Dokumentation interner politischer Entwicklungen und damit auch des Charakters der Organisation von Politik in den beiden »Volksrepubliken«, veröffentlichen die Ukraine-Analyse hier Auszüge aus dem wöchentlichen Newsletter »Entwicklungen in ›DNR‹ und ›LNR‹«. Der Newsletter erscheint im Rahmen des Projekts »Menschenrechtsschutz in der Ostukraine. Monitoring, Informationsverbreitung und europäische NGO-Kooperation«. Basierend auf der Auswertung von öffentlich zugänglichen Internet-Quellen und erstellt von Nikolaus von Twickel gibt der Newsletter einen Überblick aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf dem Gebiet der selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk«. Das Projekt wird vom Deutsch-Russischen Austausch (DRA e.V.) in Kooperation mit ukrainischen, polnischen und russischen Partnern durchgeführt und vom Auswärtigen Amt gefördert.

Der Newsletter ist im Internet archiviert unter <http://www.civicmonitoring.org/> Dort finden sich auch die Internetadressen der im Text genannten Originalquellen.

Ansprechpartner beim Deutsch-Russischen Austausch sind Tim Bohse ([tim.bohse@austausch.org](mailto:tim.bohse@austausch.org)) und Yuliya Erner ([yuliya.erner@austausch.org](mailto:yuliya.erner@austausch.org))

*Die Redaktion der Ukraine-Analysen*

### Puttschversuch in Luhansk – September 2016

Das größte Ereignis war die angebliche Vereitelung eines Puttschversuches in Luhansk. Einer der Hauptverdächtigen – ein ehemaliger »Premierminister« – soll sich in seiner Zelle erhängt haben. Wegen der prekären Lage dort beorderte die »Volksrepublik Donezk« einen prominenten Feldkommandeur nach Luhansk.

Am 20. September (Dienstag) teilte der Luhansker Rebellenchef Igor Plotnizkij in einer auf YouTube verbreiteten Regierungssitzung mit, dass in seiner »Volksrepublik« ein Umsturzversuch vereitelt worden sei. Plotnizkij nannte keine Schuldigen, sondern erläuterte wolkig, dass die Verschwörer Unterstützung von der Ukraine, seinen eigenen internen Gegnern sowie aus Russland haben könnten. Er fügte hinzu, dass »etwas Ähnliches« auch in der »Volksrepublik Donezk« geplant gewesen sei, aber von den dortigen Sicherheitsdiensten verhindert wurde.

Zwei Tage später, am Donnerstag, wurde Plotnizkij etwas genauer und erklärte, dass der Puttschversuch zum Ziel gehabt habe, die Kontrolle Kiews über die »Volksrepublik Luhansk« (»LNR«) wiederherzustellen. »Seid wachsam – solange die Kiewer Junta, das Nazi-Regime, weiterbesteht, wird es solche Versuche geben,« sagte er.

Am 24. September (Samstag), teilte die Generalstaatsanwaltschaft der »LNR« mit, dass mindestens drei prominente Figuren der »Volksrepublik Luhansk« zu den Verschwörern gehört hätten, zwei davon seien gefasst. Einer von ihnen, ex-Premierminister Gennady Zypkalow, habe sich in seiner Zelle erhängt, weil er »befürchten müsse, wegen seiner Mitwisserschaft von den noch in Freiheit lebenden Mitverschwörern umgebracht zu werden.« Zypkalow, der seit seiner Ablösung als Regierungschef im Januar immerhin noch als »Berater« von Republikchef Plotnitsky fungierte, wurde demnach erst in der Nacht zum Samstag festgenommen.

Der andere Festgenommene ist Vitalij Kiseljow, ein hoher Kommandeur der »Volksmiliz« genannten Streitkräfte der »LNR«. Nach Berichten, dass Kiseljow nach Verhören schwer verletzt oder gar gestorben sei, präsentierte die Staatsanwaltschaft den Festgenommenen am Montag »lebendig und gesund« im Staatsfernsehen.

Außerdem wird in der Sache ein weiterer ranghoher Vertreter der »Volksrepublik« gesucht – Alexej Karjakin, bis Ende März Vorsitzender des »LNR«-Parlaments. Karjakin, der lange als einer der führenden Köpfe der Luhansker Rebellen galt, wird nun per Steckbrief auf der Website der Staatsanwaltschaft als Verbrecher vorgestellt.

Karjakin meldete sich am Montag aus einem Versteck in Russland zu Wort. In einem Interview der Jekaterinburger Nachrichtensite [ura.ru](http://ura.ru) erklärte er, dass Zypkalow wohl ermordet wurde, weil er sich weigerte, seine Leute zu verurteilen. Karjakin beklagt, dass unter Plotnizkij korrupte und proukrainische Leute die Macht in der »LNR« übernommen hätten.

Wegen der instabilen Lage in Luhansk wollen die Donezker Rebellen ihren führenden Feldkommandeur Arsenij Pawlow, besser bekannt als »Motorola«, mit seinem Bataillon »Sparta« in die Nachbarrepublik geschickt haben. Entsprechende Aussagen machte der Donezker Rebellenchef Alexander Sachartschenko am 22. September (Donnerstag) im russischen Sender Life – sie fanden aber keine Erwähnung in den offiziellen »DNR« Medien.

Auch Plotnizkij's Aussage, dass ein Umsturz auch in der »DNR« vereitelt worden sei, fehlt in den dortigen Medien. Plotnizkij erläuterte am 22. September, dass er damit die Festnahme eines angeblichen Rings ukrainischer Agenten in Jasinuwata bei Donezk Anfang des Monats meinte. Die Meldung des Geheimdienstes der »Volksrepublik Donezk« hatte damals Schlagzeilen gemacht, weil die fünf Festgenommenen alle Teenager waren.

Öffentliche Erklärungen über einen geplanten Umsturz hat es in den »Volksrepubliken« bisher nicht gegeben, jedoch ist die Lage in Luhansk schon lange instabiler als in Donetsk. In den von der »LNR« kontrollierten Gebieten sind in den letzten Monaten mehrere prominente Feldkommandeure ums Leben gekommen. Am 6. August soll Republikchef Igor Plotnizkij einen Anschlag überlebt haben, als eine Bombe in unmittelbarer Nähe seines Autos detonierte.

Am 24. September erklärte die »LNR«-Generalstaatsanwaltschaft, dass das Attentat auf Plotnizkij »höchstwahrscheinlich« von ukrainischen Agenten ausgeführt wurde.

Sowohl im Fall des Anschlags auf Plotnizkij wie auch in Bezug auf den Putschversuch haben ukrainische, aber auch russische Beobachter deutliche Zweifel an den offiziellen Versionen angemeldet. Der aus Luhansk stammende Journalist Andrej Dihtjarenko sieht in dem »Putschversuch« lediglich eine Säuberungsaktion Plotnizkijs gegen seine internen Widersacher, die von »LNR«-Geheimdienstchef Leonid Passotschnik (offiziell »Minister für Staatssicherheit«) angeführt werden.

Alle drei bekannten Verschwörer, Karjakin, Zypkalow und Kiseljow, stehen dem ersten »LNR«-Anführer Valerij Bolotow nahe, der im August 2014 von Plotnizkij abgelöst wurde. Passotschnik, der wie Bolotow und Karjakin aus Stachanow stammt, gehört Dihtjarenko zufolge auch zu dieser Gruppe.

*[Auszug aus Newsletter Nr. 1]*

### »Vorwahlen« – September/Oktober 2016

Ende September und Anfang Oktober drehte sich in den »Volksrepubliken« der Ostukraine offiziell fast alles um die am Sonntag, den 02. Oktober abgehaltenen »Vorwahlen« (sog. Primaries).

Ziel der »Primaries« genannten Abstimmung, die im Wesentlichen auf die Städte Luhansk und Donezk beschränkt war, ist offenbar weniger das Ergebnis, sondern vielmehr die öffentliche Demonstration der Tatsache, dass man Wahlen abhält. So meldete die »Volksrepublik Donezk« (DNR), dass in 505 der 514 Wahlbezirken Mitglieder der gleichnamigen Partei »Republik Donezk« (offiziell handelt es sich um eine Bewegung, die auch das Parlament der »DNR« kontrolliert) als Sieger hervorgingen. Die restlichen neun Bezirke gingen an »Freier Donbass«, die einzig andere im Parlament vertretene Bewegung.

In Donezk wurde Amtsinhaber Igor Martynow mit 83 Prozent zum Sieger der Vorwahl zum Bürgermeisteramt erklärt. Martynow hatte vorher gesagt, dass er und sein Hauptkonkurrent, der örtliche Postchef Artjom Serdjukow, »eigentlich keine großen Meinungsunterschiede« hätten.

Da die »Vorwahl« ja nur das Kandidatenfeld für die eigentliche Wahl einschränken soll, ist das ein klares Signal, dass es außerhalb des herrschenden politischen Spektrums keine politische Aktivität geben kann.

Die »Volksrepublik Luhansk« (LNR) veröffentlichte zunächst kein Ergebnis und erklärte, dass die Auszählung andauert.

Führende Vertreter der Separatisten wurden nicht müde, die angeblich internationale Bedeutung der Abstimmung hervorzuheben. »Wir müssen zeigen, dass wir einen zivilisierten Rechtsstaat errichtet haben, der offene und gerechte Wahlen abhalten kann,« erklärte der Donezker Rebellenführer Alexander Sachartschenko.

Sein Luhansker Kollege Igor Plotnizkij behauptete, dass sich alle Beteiligten als »ebenbürtige Mitglieder der Weltpolitik« fühlen konnten und dass die Abstimmung ein weiterer wichtiger Schritt »zum Bau der Eigenstaatlichkeit« sei.

Die offiziellen Medien beider »Volksrepubliken« räumten in ihrer Berichterstattung viel Platz für Ausländer ein, die als »Wahlbeobachter« die Abstimmungen durchweg in höchsten Tönen lobten. In Luhansk befand sich darunter auch der deutsche Journalist Manuel Ochsenreiter, der Chefredakteur von »Zuerst«, ein von dem bekannten rechts-extremen Verleger Dietmar Munier herausgegebenes Magazin.

Vor den ausländischen Wahlbeobachtern bedankte sich Plotnizkij am Montag für deren Mut – der sei größer als der von US-Senator John McCain, der einer Einladung der »LNR« nicht gefolgt war: »Eure Wahrheit und Aufrichtigkeit sind unsere Waffe gegen die Pseudodemokratie und Doppelmoral des Westens,« sagte er.

Plotnizkij beschrieb die Abstimmung als Zeichen echter Demokratie nach mehr als 20 Jahren »sogenannter demokratischer Wahlen« in der Ukraine, die er als »Theater« mit nach einem »vorab bekannten Drehbuch verteilten Rollen« bezeichnete.

Ukrainische Medien betonten, dass die Wahlbeteiligung trotz groß angelegter Kampagnen und billigen Lebensmittelangeboten vor den Wahllokalen in Donezk nicht sehr hoch war. Die »DNR« veröffentlichte keine offizielle Prozentangaben zur Wahlbeteiligung, sondern teilte mit, dass 370,517 Stimmen abgegeben und mehr als 600,000 Wahlzettel gedruckt wurden – was einer Quote von knapp 62 Prozent entspricht.

Das Minsker Abkommen sieht vor, dass in den nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten Lokalwahlen abgehalten werden, aber nach ukrainischem Recht. Die Separatisten, die mehrfach angekündigt haben, Wahlen



nach ihren Vorstellungen abzuhalten, betonen, dass Vorwahlen im Einklang mit Minsk stehen, weil sie nur vorläufig seien. Die Regierung in Kiew bezeichnet die »Primaries« als Farce und warnt, dass sie den Friedensprozess gefährden.

Kritik an den »Primaries« kam vergangene Woche auch aus Russland – vom ehemaligen Donezker »Verteidigungsminister« Igor Girkin, der als Sprachrohr der von Moskau abgesetzten Separatistenführer der ersten Stunde gilt.

Girkin, besser bekannt unter seinem Alias Igor Strelkow, bezeichnet die Vorwahlen in einer Videobotschaft als »das gleiche Potemkinsche Dorf« wie die jüngste Wahl zur russischen Staatsduma. »Nur mit noch mehr Marionettenhaftigkeit und Grotteske,« fügt er hinzu.

Russische Nachrichtenagenturen berichteten am 26. Oktober dass die Republikchefs Alexander Sachartschenko und Igor Plotnizkij den für 6. November angesetzten Termin [für die eigentlichen Wahlen] per Dekret gestrichen hätten. Ein neues Datum gibt es diesmal nicht.

Diese Nachricht fand eine schnelle Weiterverbreitung in ukrainischen Medien, war allerdings auf den offiziellen Webseiten der Separatisten nur schwer zu finden – ein mögliches Indiz dafür, dass es sich um eine Entscheidung handelt, die den Machthabern schwer fiel.

Die »Volksrepubliken« hatten ihre eignen, ursprünglich für Herbst 2015 geplanten Wahlen mehrfach verschoben – in Donezk erst auf den 20. April, dann auf den 24. Juli und schließlich auf November.

Als wahrscheinlichster Grund der mehrfachen Verschiebungen wurde russischer Druck auf die Separatisten vermutet. Die jüngste Wahl-Absage wurde zudem am selben Tag bekannt, an dem sich die »Trilaterale Kontaktgruppe« in Minsk traf – eine Woche nach dem Berliner Gipfel des »Normannischen Quartetts« vom 19. Oktober. Die Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, Ukraine und der OSZE beriet am 26. Oktober unter anderem auch über die Modalitäten von Lokalwahlen.

In der »Volksrepublik« Donezk (»DNR«) wurde am 4. November eine Frage-Antwort Konferenz »Direkter Dialog« mit Republikchef Sachartschenko vor geladenem Publikum organisiert, in dem dieser Lobeshymnen für sein zweijähriges Amtsjubiläum entgegennahm.

Die als »Primaries« genannten Vorwahlen vom 2. Oktober waren laut Sachartschenko die Reaktion auf Vorwürfe, dass die »DNR« keine Eigenständigkeit habe und keine für die Durchführung von Wahlen notwendige Sicherheit garantieren könne.

Die für den 2. November geplanten Wahlen seien abgesagt worden, um die Chance nach Umsetzung des Minsker Abkommens zu wahren. Die (bereits dreimal aufgeschobene) Abstimmung soll im Jahr 2017 endlich stattfinden – entweder gemäß Minsk (also nach ukrainischem Recht), oder eigenständig (d. h. ohne die Teilnahme ukrainischer Parteien und in ukrainisch kontrolliertes Gebiet geflohener Wähler). »Wir haben keine Angst vor Wahlen, auch mit Beobachtern, denn am Ende gewinnen wir, sowohl politisch als auch militärisch,« erklärte Sachartschenko.

*[Auszüge aus den Newslettern Nr. 2, 3, 5 und 6. Ebenfalls in dieser Ausgabe der Ukraine-Analysen findet sich eine Stellungnahme der European Platform for Democratic Elections zu den Vorwahlen in den »Volksrepubliken«.]*

## Attentat auf Donezker Feldkommandeur »Motorola« – Oktober 2016

Am Sonntag, den 16. Oktober, gegen 23:00 Uhr Moskauer Zeit meldete die russische Nachrichtenagentur Interfax, dass Arseni Pawlow, besser bekannt als »Motorola«, bei einer Explosion in Donezk getötet worden sei.

Dem Bericht zufolge explodierte eine Bombe im Aufzug von Pawlows Wohnblock, als dieser ihn benutzte. Wenig später bestätigte dies Denis Puschilin, der Parlamentsvorsitzende und Chefunterhändler der »Volksrepublik Donezk« der offiziellen Nachrichtensite DAN.

Pawlow, russischer Staatsbürger, spielte als Kommandeur eines »Sparta« genannten Bataillons vor allem in den Kämpfen um den Donezker Flughafen eine bedeutende Rolle. In der Ukraine wurde er vor allem für ein Interview verurteilt, in dem er sich brüstet, Gefangene umgebracht zu haben. Seinen ersten großen Auftritt hatte er im Juli 2014: Seine Vermählung mit einer Einheimischen im damals von den Separatisten kontrollierten Slowiansk wurde in russischen Medien als »erste Hochzeit der Volksrepublik Donezk« bezeichnet.

Pawlow war nach Angaben des Donezker Separatistenführers Alexander Sachartschenko bereits im Juni Ziel eines Anschlags. Damals war ein Sprengsatz in einer Donezker Klinik explodiert, es gab aber keine Verletzten.

»Motorola« ist der erste prominente Vertreter der »Volksrepublik Donezk« (»DNR«), der gewaltsam ums Leben gekommen ist. Bisher konnten abgesetzte »DNR«-Anführer wie ex-Parlamentschef Andrei Purgin und ex-Außenminister Alexander Kofman relativ unbehelligt weiterleben. Lediglich im Fall des Anfang 2016 geschassten Chefs der Wahlkommission Roman Ljagin gab es Berichte, dass er geschlagen und eingesperrt wurde.

Puschilin und der Donezker Separatistenführer Alexander Sachartschenko machten ukrainische Agenten für Pawlows Ermordung verantwortlich. »Petro Poroschenko hat den Waffenstillstand gebrochen und uns den Krieg erklärt,« sagte Sachartschenko in einer Erklärung an die Adresse des ukrainischen Präsidenten.

Der aus Donezk stammende Journalist Denis Kasanskij hat minutiös dargelegt, dass die Tat kaum von ukrainischen Spezialeinheiten ausgeführt worden sein konnte, weil Motorola viel zu gut bewacht war und die Täter höchst privilegierten Zugang zu dessen Wohnblock gehabt haben müssten (der Sprengsatz war demnach im Müllschlucker versteckt und wurde genau in dem Moment gezündet, als das Opfer den Fahrstuhl unmittelbar daneben betrat). Auch stellt sich die Frage: warum die ukrainische Seite, wenn sie über solche Fähigkeiten verfügen sollte, einen Feldkommandeur und keine prominentere Führungspersönlichkeit beseitigt.

*[Auszüge aus den Newslettern Nr. 4 und 5]*

## Öffentliche Selbstdarstellung – November 2016

Am 2. November 2016 war der zweite Jahrestag der Wahlen, auf die die Separatisten der »Volksrepubliken« ihre Macht begründen. Die Anführer der beiden »Volksrepubliken« nahmen den zweiten Jahrestag zum Anlass, um sich in der Öffentlichkeit zu profilieren.

In der »Volksrepublik« Donezk (»DNR«) wurde am 4. November eine Frage-Antwort Konferenz »Direkter Dialog« mit Republikchef Sachartschenko vor geladenem Publikum organisiert, in dem dieser Lobeshymnen für sein zweijähriges Amtsjubiläum entgegennahm.

Die Frage-Antwort Konferenz »Direkter Dialog« erinnert ein wenig an die jährliche TV-Show des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die auch streng nach Drehbuch abläuft. Während der 51 Minuten sieht man nur Vertreter von »DNR«-Medien, des sog. Informationsministeriums sowie Bergwerksarbeiter, Lehrer und Mütter. Den letzteren verspricht Sachartschenko, ihre Probleme persönlich zu lösen, indem er die zuständigen »Minister« zur Rede stellt.

Immerhin räumte er ein, dass es eine Masse Probleme mit der Wirtschaft und »niedrigem Lebensstandard« gibt. »Aber dagegen kämpfen wir,« behauptete Sachartschenko und versprach etwa, dass ab 25. Dezember pensionierte Bergarbeiter kostenlos Kohle erhalten sollen.

Wohl nicht zufällig fällt die Image-Veranstaltung mit einer Erneuerung der Internetauftritte Sachartschenkos zusammen. Am Montag wurde seine modernisierte Homepage freigeschaltet, es gibt jetzt einen Twitter-Account, der aber bis Montag gerade mal neun Tweets und wenig mehr als 230 Follower hatte. Sachartschenkos VKontakte account, der seit 2015 existiert, hat immerhin knapp 6.700 Abonnenten. Hier wurden aber bislang nur ausgewählte Texte gepostet, und das oft mit großer Verzögerung (z. B. die Ankündigung »Sachartschenko eröffnet Shopping-Center!« wurde am Montagmittag gepostet – zwei Tage nach dem Ereignis).

In Luhansk prangert Republikchef Igor Plotnizkij am Montag in einer polternden Rede vor dem »Parlament« den »blutigen Terror« der »faschistischen Junta« in Kiew an, die auf Geheiß von USA und NATO die russisch-ukrainische Bruderschaft zerstören wolle.

Plotnizkij, der in seiner »Volksrepublik« in den vergangenen Monaten einen Putschversuch vereitelt sowie ein Attentat überlebt haben will, ist offenbar mehr als Sachartschenko daran interessiert, den äußeren Feind zu thematisieren: »Versuche Kiews, die »LNR« zu destabilisieren, sind gescheitert,« wettete er in seiner Rede. Gleichzeitig fügte er hinzu, dass die Republik notfalls bereit wäre, auf INNERE und äußere Bedrohungen entsprechend zu reagieren.«

In derselben Rede gibt sich Plotnizkij aber auch staatsmännisch, wenn er die Umsetzung der Minsker Abkommen als »Hauptinstrument einer politischen Lösung« bezeichnet. Einen anderen Weg gibt es nicht und kann es nicht geben, sagte er.

Dagegen scheint »LNR«-Parlamenteschef Vladimir Degtjarow das Minsker Abkommen nicht gelesen zu haben, in dem eine politische Reintegration in die Ukraine vorgesehen ist. Am selben Tag erklärte er, dass die »Volksrepublik Luhansk« alle Möglichkeiten besitzt, um »ein blühender Staat zu werden und Anerkennung der Weltgemeinschaft zu erhalten.« Als Beleg nennt Degtjarow die Zahl der Plenarsitzungen (95) und der registrierten Gesetzesvorhaben (339).

Ganz ähnlich wie Sachartschenko macht sich Plotnizkij Sorgen um die Wirtschaft seiner »Volksrepublik«. In seiner Rede erklärte er 2017 zum Jahr der ökonomischen Transformation, in dem die Schattenwirtschaft (Betriebe, die keine Steuern zahlen) besiegt werden soll. Deren Umfang beziffert Plotnizkij auf 1 Milliarde Rubel (14 Millionen Euro, vermutlich jährlich): »Hauptziel ist, dieses Geld aus dem Dunklen zu holen,« sagte er. Dies soll nicht mit Gewalt, sondern in Zusammenarbeit mit den Unternehmern passieren.

Plotnizkij behauptete auch, dass der Kohlesektor in der »LNR« weitgehend wiederhergestellt sei: Alle sieben Minen der (staatlichen) Firma Donbassantrazit haben die Förderung wieder aufgenommen, bei »Zentrugol« förderten fünf von neun Minen.

Sowohl in Donezk als auch in Luhansk haben die Separatisten voriges Jahr begonnen, eigene Briefmarken zu drucken. Obwohl das Brief- und Paketaufkommen wegen des bewaffneten Konflikts wohl stark gefallen ist und man mit diesen Briefmarken keine internationalen Sendungen frankieren kann, ist man in der »DNR« stolz auf eine hohe Auf-

lage. Am 5. November teilte »Kommunikationsminister« Viktor Jazenko mit, dass man bis dato 50 Briefmarken in einer Gesamtauflage von 600.000 Stück verkauft habe.

In der »LNR« sind es nicht so viel: Die dortige Post sagt auf ihrer Website, dass es elf Serien mit etwa 100.000 Auflage gibt. Viele Sendungen kann man damit nicht verschicken – auf ihrer Homepage schreibt die Post, dass der Versand mit den Briefmarken von »LNR« nur auf dem von der »LNR« kontrollierten Gebiet funktioniert.

*[Auszüge aus Newsletter Nr. 6]*

## Stellungnahme zum Vorwahlkampf 2016 in den »Volksrepubliken«

European Platform for Democratic Elections

Press Release, 08 October 2016 [online abrufbar unter: <<http://www.epde.org/en/newsreader/items/fake-observers-praise-primaries-in-occupied-territories-in-eastern-ukraine.html>>]

### Fake Observers Praise Primaries in Occupied Territories in Eastern Ukraine

The internationally unrecognized “Donetsk People’s Republic” and “Luhansk People’s Republics” (“DPR”/“LPR”) held so-called “primaries” on October 2, 2016. “Primaries” are meant to pre-select possible candidates for the local elections in the occupied Donetsk and Luhansk regions. By conducting primaries, “LPR” and “DPR” intend to prepare candidates for the local elections scheduled in the both entities on November 6, 2016. *[Der Wahltermin wurde Ende Oktober in beiden »Volksrepubliken« auf unbestimmte Zeit verschoben. Red. der Ukraine-Analysen]*

The announcement of these local elections is not agreed within the ongoing international Minsk negotiations and holding them on November 6, 2016 would be a clear breach of the Minsk agreement. According to the International Foundation for Electoral Systems (IFES), these primaries are “a bit pointless at a time when future electoral modalities are still under negotiation and it remains unclear what type of election political entities and candidates will even stand for”. IFES assesses “...these primaries widely as a political provocation or protest in relation to the peace process”. (IFES Ukraine Info email 3.10.2016).

On this background it is remarkable that approx. 30 international observers made public statements on the high quality of the “primaries” in the Luhansk and Donetsk regions to the local and Russian newspapers. Among them were five members of right and left wing factions of the following national and regional European parliaments:

- Jaroslav Borka (Czech Republic, MP, Communist Party)
- Maurizio Marrone (Italy, Member of Regional Council, Fratelli d’Italia/Alleanza Nazionale)
- Zdeněk Ondráček (Czech Republic, MP, Communist Party)
- Thomas Rudy (Germany, Member of regional Parliament Thüringen, Alternative für Deutschland)
- Udo Stein (Germany, Member of regional Parliament Baden Württemberg, Alternative für Deutschland)

Having entered the self-declared republics via the Russian Federation would mean a breach of Ukrainian law and an illegal crossing of the Ukrainian boarder. EPDE considers it unacceptable for European lawmakers.

EPDE calls on the Czech Parliament, the regional council of Torino, Italy and the regional Parliaments of Thüringen and Baden Württemberg, Germany, to investigate whether the deputies have informed the parliaments in due way about their plans, whether they were officially deployed by the respective parliaments, to clarify whether the parliaments have covered the costs of the monitoring missions and to assess whether the deputies have followed the Code of Conduct for Parliamentarians by participating at observation mission to the internationally non-recognised “LPR” and “DPR”.

### Impressum

This newsletter is produced by the Secretariat of the European Platform for Democratic Elections. The EPDE members are: Association GOLOS (Russia), Belarusian Helsinki Committee BHC (Belarus), Committee of Voters of Ukraine CVU, Election Monitoring and Democracy Studies Center EMDS (Azerbaijan), European Exchange (Germany), Helsinki Citizens’ Assembly Vanadzor (Armenia), Human Rights Center “Viasna” (Belarus), International Society for Free Elections and Democracy ISFED (Georgia), Norwegian Helsinki Committee NHC, Civil Network OPORA (Ukraine), Promo-Lex Association (Moldova), Stefan Batory Foundation (Poland), Swedish International Liberal Centre SILC (Sweden), Transparency International Anti-corruption Center (Armenia).

## Bewegungsfreiheit in der Ostukraine. Das Überqueren der Kontaktlinie in den Regionen Donezk und Luhansk

Von Levon Azizian (Wostok SOS, Justice for Peace in Donbas. Coalition of Human Rights Organisations, Region Luhansk)

Auszüge in einer nicht offiziellen Übersetzung durch die Ukraine-Analysen. Der vollständige englischsprachige Bericht ist im Internet verfügbar unter:

[http://www.civicmonitoring.org/wp-content/uploads/2016/10/Justice-for-peace-in-Donbas\\_East-SOS\\_Freedom-of-movement.pdf](http://www.civicmonitoring.org/wp-content/uploads/2016/10/Justice-for-peace-in-Donbas_East-SOS_Freedom-of-movement.pdf)

### Die Monitoring-Methode

Das Monitoring wurde von der gemeinnützigen Stiftung »Wostko SOS« als Teil des Projekts »Aufzeichnung von Menschenrechtsverletzungen, Vertretung und Unterstützung von Opfern des Konflikts in der Ostukraine« durchgeführt und vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte finanziell unterstützt.

Es fand vom 11. bis zum 20. August 2016 in Donezk und Luhansk statt und zwar entlang der gesamten Kontaktlinie und an allen sechs Kontrollpunkten:

- Stanyzia Luhanska am Korridor Luhansk – Stanyzia Luhanska;
- Solote am Korridor Perwomaisk – Lysytschansk (außer Betrieb);
- Sayzewe (mit Checkpoint Mayorsk) am Korridor Horliwka – Bachmut;
- Maryinka (mit Checkpoint Oleksandriwka) am Korridor Donezk – Kurachowe;
- Nowotroizke (mit Checkpoint Berezowe) am Korridor Donezk – Mariupol;
- Hnutowe am Korridor Nowoasowsk – Mariupol.

Es kamen hauptsächlich zwei Methoden zum Einsatz: Interviews und Beobachtung. Interviews wurden an Kontrollpunkten, Checkpoints und in nahegelegenen Städten sowie an Bus- und Bahnstationen mit Zivilisten geführt, die die Kontaktlinie überquerten, mit Offiziellen aus allen beteiligten staatlichen Organen aus Rechtsschutz und Verwaltung sowie zwischenstaatlichen, internationalen und Nichtregierungsorganisationen. Den Beobachtungen wurde genauso viel Bedeutung beigemessen wie den Interviews, da sie die reale Situation in Echtzeit erfassen konnten, ohne durch Berichte Dritter gefiltert zu werden. Mit ihrer Hilfe konnte überprüft werden, ob die in den Interviews gesammelten Informationen korrekt und vollständig sind oder ob anderen Elementen möglicherweise weitere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

### Verkehrskorridore

Derzeit gibt es fünf aktive Verkehrskorridore über die Kontaktlinie. Vier davon stehen in der Region Donezk Fußgängern und Fahrzeugen zur Verfügung. In der Region Luhansk gibt es nur einen Verkehrskorridor, der auch nur für Fußgänger geöffnet ist. Drei weitere Verkehrskorridore in der Region Luhansk, die für Fußgänger und für Fahrzeuge vorgesehen sind, sind aus verschiedenen Gründen seit der ersten Jahreshälfte 2015 nicht mehr in Betrieb. Vor allem in der Region Luhansk verhindert das Fehlen von Korridoren Verbindungen zwischen Ukrainern auf beiden Seiten der Kontaktlinie. Darunter leiden die ärmsten und daher verletzlichsten Menschen am meisten, denn sie haben weniger Möglichkeiten, die Kontaktlinie zu überqueren. Gleichzeitig ist der Verkehrskorridor über den Kontrollpunkt Solote (in der Region Luhansk) komplett ausgerüstet und bereit, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Vertreter bewaffneter Gruppen in Luhansk haben eine erneute Aktivierung dieser Verkehrsroute jedoch ohne klare Begründung abgelehnt. Ungeachtet der wenig konstruktiven Position der bewaffneten Gruppen ist die Notwendigkeit, neue Verkehrskorridore zu eröffnen, deutlich zu erkennen.

### Betriebszeiten

Im Sommer sind die Verkehrskorridore offiziell von sechs Uhr morgens bis acht Uhr abends geöffnet (täglich 14 Stunden). Im Herbst und Frühjahr sind sie von sieben Uhr morgens bis halb sieben Uhr abends geöffnet (täglich 11,5 Stunden), im Winter von acht bis fünf Uhr (täglich neun Stunden). Nach diesen Betriebszeiten kann niemand mehr die Kontaktlinie passieren. An manchen Verkehrskorridoren, etwa dem von Horliwka nach Bachmut (früher Artemiwska), kann der Kontrollpunkt etwa eine Stunde vor seiner Schließung nur noch in einer Richtung passiert werden (nämlich in die nicht durch die ukrainische Regierung kontrollierten Gebiete). Manchmal werden die Verkehrskorridore wegen Verstößen gegen den Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit geschlossen. Daher sorgen ihre Kapazitäten im Herbst und vor allem im Winter für eine Reduzierung der Reisenden.

## Öffentliche Verkehrsmittel

Öffentlicher Personentransport über die Kontaktlinie ist generell verboten. Daher können die Kontrollpunkte und Checkpoints seit Juni 2015 mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr passiert werden. Am weitesten verbreitet ist der Personentransport in Bussen, die zwischen verschiedenen Checkpoints und Kontrollpunkten pendeln, ohne sie zu passieren.

## Landminen

Auch wenn es keine großen Offensiven gibt, hat noch keine Konfliktpartei mit der Räumung von Minen in den Gebieten entlang der Verkehrskorridore auch nur begonnen. Die Situation ist gefährlich, da viele Menschen, die stundenlang in Warteschlangen stehen, sich in Ermangelung von Alternativen entlang der Straße erleichtern.

## Der staatliche Grenzschutz der Ukraine

Die meisten Offiziellen an den Kontrollpunkten gehören dem staatlichen Grenzschutz an, der de facto über die Arbeit der Kontrollpunkte bestimmt. Glücklicherweise führen die meisten Grenzschützer ihren Job gut aus. In kontroversen oder streitbaren Situationen wollen sie allerdings nicht selbst die Verantwortung übernehmen, was von Nachteil ist.

## Leitung der Terrorabwehr und Geheimdienst der Ukraine

Die Leitung hat die einstweilige Verfügung [bezüglich der Regelung der Kontrollpunkte] erstellt und ist insofern für alle Änderungen an diesem enorm wichtigen Dokument verantwortlich. Dennoch ist die Behörde für Zivilisten häufig nicht erreichbar und aufgrund ihrer sehr fest verankerten Überzeugungen ist schwer mit ihr zu verhandeln. Sie ist im Besitz großer Macht und für Vorschläge oder Kritik von NGOs weiterhin nicht sehr offen bis taub.

## Das Innenministerium der Ukraine

Das Innenministerium würde effizienter arbeiten, wenn es Personen ohne Dokumente (oder mit problematischen Dokumenten, etwa in Folge von Beschuss oder Überfällen) zur nächstgelegenen Staatlichen Migrationsstelle bringen würde, um dort ihre Identität zu klären. Momentan wird diesen Personen die Einreise in die von der Regierung kontrollierten Gebiete aber nicht gestattet. In den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten können sie jedoch keine neuen Dokumente beantragen, was sie zu Geiseln der Gesamtsituation macht.

## Beschüsse

In letzter Zeit hat das Ausmaß der Beschüsse aus den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten deutlich zugenommen. Es ist absolut nicht akzeptabel, dass Verkehrskorridore beschossen werden, die zu zivilen Zwecken genutzt werden, vor allem während deren Betriebszeiten, wenn sie voller Zivilisten sind. Nur während des letzten Monitorings wurde festgestellt, dass der Kontrollpunkt Maryinka (am Verkehrskorridor Donezk – Maryinka) schließen musste, weil er beschossen wurde. Der Kontrollpunkt Stanyzia wurde nachts unter Beschuss genommen, dabei wurde ein Zelt für Zivilisten beschädigt.

## Eingriff in die Privatsphäre

An Checkpoints der Separatisten erfassen bewaffnete Kämpfer die IMEI (International Mobile Equipment Identity) aller Zivilisten (so können die bewaffneten Gruppen kontrollieren, wen bestimmte Personen kontaktieren). Darüber hinaus können die bewaffneten Kräfte Fotos, SMS und andere digitale Informationen kontrollieren, was vorher nicht üblich war. Das ist nicht nur ein Eingriff in die Privatsphäre, sondern auch ein Grund, warum die Menschen an den Checkpoints der Separatisten viel mehr Zeit als bisher verbringen. Ziel der bewaffneten Gruppen ist es, Personen zu identifizieren, die die Ukraine unterstützen, denn in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten gibt es entgegen den verbreiteten Stereotypen viele Unterstützer der Ukraine.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

## Donbass-Leak

Das ZDF-Magazin Frontal21 und die ZEIT erhielten Zugriff auf über 10.000 E-Mails, die aus dem »Informationsministerium« der prorussischen Separatisten in der Ostukraine stammen. Die Anführer der dortigen, international nicht anerkannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk suchen den Anschluss an die russische Föderation. Bislang hat der russische Präsident stets bestritten, die Rebellen nähmen Weisungen aus Moskau entgegen. Doch das E-Mail-Leak aus dem Donezker Ministerium offenbart regelrechte Befehlsstrukturen zwischen russischen Beratern und den Rebellen. [DIE ZEIT Nr. 41/2016, 29. September 2016]

Das Rechercheteam hat rund elf Gigabyte Daten aus der Ostukraine ausgewertet. Woher wissen wir, dass es keine Fälschungen sind? Bei vielen E-Mails lässt sich ganz einfach überprüfen, ob sie gefälscht sind oder nicht. Einfach indem die Absender angefragt werden, ob sie Urheber der E-Mails sind. Das hat das Rechercheteam in vielen Fällen getan. Hinzu kommt, dass E-Mail Adressen verifiziert wurden. Außerdem tauchen in den Dokumenten Akkreditierungen vieler Journalisten [auf], die in der Ostukraine gearbeitet haben. Zu den Unterlagen gehören beispielsweise Originalunterlagen der Pässe. Diese wurden beispielsweise gegengecheckt. Außerdem werden in den Dokumenten konkrete Projekte genannt und geplant. Das Rechercheteam hat geprüft, ob diese tatsächlich realisiert wurden. Weitere Quellen in der Ostukraine haben Details aus den E-Mails bestätigt. [Frontal21, 27.09.2016]

Einen Überblick über die Auswertung des Donezk-Leaks bieten:

- ZEIT online: E-Mails belegen Weisungen aus Moskau an Separatisten, 28. September 2016, 15:13 Uhr, <<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-09/ostukraine-propaganda-strategie-russland-e-mails-recherche>>
- Jochen Bittner, Arndt Ginzler und Alexej Hock: Glückspropaganda und Hass auf Befehl, DIE ZEIT Nr. 41/2016, 29. September 2016, <<http://www.zeit.de/2016/41/russland-propaganda-ostukraine-separatisten-e-mails>>
- Arndt Ginzler und Christian Rohde: Daten-Leak aus Ministerium der Separatisten. E-Mails belegen Propagandastrategie zum Ukraine-Krieg, Frontal21, 27.09.2016, <<http://www.zdf.de/frontal-21/der-propagandakrieg-wie-moskau-berichte-zum-ukrainekrieg-steuert-45390316.html>>
- Zum Donbass-Leak gehört auch ein im August 2015 verfasstes Papier, das den neuen Machthabern in der Ostukraine als Handbuch dienen sollte. Das Dokument trägt den Titel »Strategie der inneren Informationspolitik in der Luhansker Volksrepublik«. Auszüge in deutscher Übersetzung: <<https://www.documentcloud.org/documents/3119797-Strategie-Luhansk-komplett.html>>
- Das russische Originaldokument ist online abrufbar unter <<https://www.documentcloud.org/documents/3114533-%D1%81%D1%82%D1%80%D0%B0%D1%82%D0%B5%D0%B3%D0%B8%D1%8F-%D0%BB%D1%83%D0%B3%D0%B0%D0%BD%D1%81%D0%BA.html>>

## 24. Oktober – 6. November 2016

24.10.2016	Der ehemalige Abgeordnete der Partei der Regionen, Wolodymyr Medjanyk, wird aus der Untersuchungshaft entlassen. Sein Verteidiger erklärt, die Generalstaatsanwaltschaft habe das Verfahren gegen ihn eingestellt. Medjanyk war am 7. August 2016 verhaftet worden. Ihm waren Handlungen vorgeworfen worden, die die territoriale Integrität der Ukraine verletzen.
24.10.2016	Die Generalstaatsanwaltschaft vermeldet, dass die neu gegründete Behörde für Ermittlungen im organisierten Verbrechen die Zuständigkeit für die Ermittlungen in einem umfangreichen Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch erhalten habe. Dieses Verfahren sehe zahlreiche Anklagepunkte gegen Janukowytsch vor, unter anderem die »Usurpation« der Macht, die Schwächung der Verteidigungsfähigkeit des Staates und die widerrechtliche Aneignung von Staatseigentum.
25.10.2016	Das neu gegründete nichtstaatliche »Komitee für Bekämpfung von Korruption im Verteidigungssektor« nimmt seine Arbeit auf. Es besteht aus sechs Personen, darunter Timothy Evans, Generalleutnant der britischen Armee, James Wasserstrom, der die US-Botschaft in Kabul zu Korruptionsbekämpfung beraten hat, und Sewgil Musaewa, Chefredakteurin der Onlinezeitung Ukrainiska Prawda.
25.10.2016	In einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie geben drei Prozent der befragten Binnenflüchtlinge aus dem Donbass an, ständig mit Diskriminierung konfrontiert zu sein. Elf Prozent würden gelegentlich diskriminiert, 21 % berichten von vereinzelt Diskriminierungserfahrungen. Dabei geben 48 % an, nicht in ihre Heimat im Donbass zurückkehren zu wollen. Von den 36 % der Befragten, die zurückkehren wollen, geben 36 % an, abzuwarten, bis ihr Heimatort sich wieder unter Kontrolle der Ukraine befindet; 35 % wollen erst zurückkehren, wenn die Bedingungen für ein angenehmes Leben wiederhergestellt wurden – und weitere 21 % warten mit ihrer Rückkehr auf ein Ende der Gewalt.
25.10.2016	In einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie sprechen sich 49 % der Befragten für einen Beitritt der Ukraine zur EU aus, 25 % sind dagegen, 10 % würden nicht an einem entsprechenden Referendum teilnehmen und 15 % sind unsicher. Es sprechen sich außerdem 40 % für den Beitritt zur NATO aus, 31 % dagegen. 18 % würden nicht teilnehmen, 12 % sind sich nicht sicher.
25.10.2016	Parlamentssprecher Andryj Parubij erklärt, er werde einen Vorschlag des Parlaments zur Erhöhung der Abgeordnetengehälter nicht unterschreiben. Das Parlament hatte in der vergangenen Woche für ein entsprechendes Dokument gestimmt, Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman hatte den Vorstoß kritisiert.
25.10.2016	Das Finanzministerium erklärt in einer Pressemitteilung, dass die Staatsverschuldung der Ukraine im September um 2,8 % auf 68,6 Milliarden US-Dollar gestiegen sei.
26.10.2016	Vertreter der »Volksrepublik Donezk« erklären, sie hätten auf dem Gebiet der »Volksrepublik« Lilija Koz, eine Aktivistin der rechtsradikalen ukrainischen Gruppierung Rechter Sektor, festgenommen.
26.10.2016	Das Nationale Antikorruptionsbüro nimmt Ermittlungen zu einer Wohnung in einem Kiewer Nobelviertel auf. Die Behörde erklärt, Medien und Organisationen hätten in zahlreichen Anfragen darauf hingewiesen, dass die Wohnung Oleksandr Luzenko, dem Sohn des Generalstaatsanwalts Jurij Luzenko, gehören könnte.
26.10.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigt für 2017 die Anhebung des monatlichen Mindestlohns auf 3200 Hrywnja (etwa 110 Euro) an. Zuvor hatte diese Größe, nach der u. a. auch die Höhe mancher Geldstrafen bemessen wird, bei 1450 Hrywnja (etwa 50 Euro) gelegen.
27.10.2016	Ein Moskauer Gericht lehnt den Berufungsantrag des inhaftierten ukrainischen Journalisten Roman Suchtschenko ab. Er muss daher bis zu seinem Prozess in Untersuchungshaft bleiben. Der russische Inlandsgeheimdienst wirft ihm Spionage im Auftrag der Ukraine vor.

27.10.2016	Die Botschafter der G7-Staaten und der Vorsitzende der EU-Vertretung in der Ukraine warnen den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in einem gemeinsamen Brief davor, die bereits erzielten Erfolge im Kampf gegen Korruption durch einige aktuelle Gesetzesinitiativen zu verspielen. So könnten Gesetzesentwürfe das System der elektronischen Einkommensdeklarationen verwässern sowie die Funktionsweise des Nationalen Antikorruptionsbüros behindern und die Unabhängigkeit der Behörde vom politischen Prozess gefährden.
28.10.2016	Das Onlinemagazin Ukrainska Prawda berichtet von Spähaktionen von Staatsorganen gegen ihre Journalisten. Aus staatsnahen Quellen habe man erfahren, dass der Inlandsgeheimdienst SBU im Auftrag der Präsidentschaft Telefontgespräche und interne Kommunikation in Internetchats mitgeschnitten habe. Die Journalisten rufen den Präsidenten und die Sicherheitsbehörden auf, Gründe und Ziele der Aktion zu erklären.
29.10.2016	Medien aus der »Volksrepublik Luhansk« melden, dass der Abzug der separatistischen Kräfte von der Frontlinie bei Stanyza Luhanska am 2. November 2016 beginnen könne.
30.10.2016	Eine Stunde vor Ende der Frist zur Einreichung der elektronischen Einkommens- und Vermögensdeklarationen veröffentlicht Präsident Petro Poroschenko seine Erklärung. Laut dem Dokument hält er Anteile an über 100 Firmen in mehreren Ländern. Er führt auch zahlreiche Luxusgüter und hohe Beträge auf Bankkonten an. Auf Facebook erklärt er dazu, alle wertvollen Gegenstände habe er vor seiner Zeit als Präsident erworben, dasselbe gelte für die Gründung der Firmen.
31.10.2016	Die Frist zur Abgabe der elektronischen Einkommens- und Vermögensdeklarationen hoher Staatsbediensteter läuft ab. Während alle Mitglieder der Regierung eine Erklärung einreichen, versäumen dies sieben Abgeordnete verschiedener Fraktionen. Ein Vertreter der Nationalen Agentur für die Verhinderung von Korruption erklärt unterdessen, eine verspätete Abgabe werde als Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld von 850 bis 1.700 Hrywnja (etwa 25 bis 60 Euro) belegt. Sollte Vermögen über einem Wert von 345.000 Hrywnja (etwa 12.000 Euro) verschleiert werden, werde dies strafrechtlich verfolgt und ziehe eine Geldstrafe von bis zu 51.000 Hrywnja (etwa 1.770 Euro) oder eine Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren nach sich.
01.11.2016	Das russische Ermittlungskomitee, eine Strafverfolgungsbehörde, erhebt Anklage gegen vier Befehlshaber der ukrainischen Armee. Ihnen wird vorgeworfen, durch Beschuss von Wohngebieten im Donbass im April des Jahres 2016 Kriegsverbrechen begangen zu haben.
01.11.2016	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das es dem Nationalen Fernseh- und Rundfunkrat erlaubt, gegen Medien vorzugehen, die zu Separatismus aufrufen. Künftig kann in solchen Fällen eine Warnung ausgesprochen werden. Beim zweiten Fall innerhalb eines Jahres kann dem Medium die Lizenz entzogen werden.
02.11.2016	Die OSZE-Beauftragte für Freiheit der Medien, Dunja Mijatović, ruft die Behörden der OSZE-Mitgliedsstaaten zu vermehrten Anstrengungen bei der Ermittlung in Fällen getöteter Journalisten auf. Sie weist dabei auch auf den im Juli 2016 ermordeten ukrainischen Journalisten Pawlo Scheremet hin. Der Mord ist noch nicht aufgeklärt.
02.11.2016	Der Internationale Währungsfonds behält seine Wachstumsprognosen für die ukrainische Wirtschaft bei. So soll das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 1,5 %, im Jahr 2017 um 2,5 % steigen.
03.11.2016	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das für ein weiteres Jahr planmäßige Kontrollen von Firmen durch staatliche Organe aussetzt. Ausgenommen sind Kontrollen der Veterinär- und Phytosanitärbehörden. Diese Maßnahme soll Unternehmen vor willkürlichen Kontrollen und damit vor Korruption schützen.
03.11.2016	Die OSZE-Beobachtermission meldet einen Anstieg der Verletzungen des Waffenstillstands im Donbass um 40 % im Vergleich zur Vorwoche.



03.11.2016	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko bittet das Parlament offiziell darum, die Immunität des Unternehmers und Abgeordneten des Oppositionsblocks Wadym Novynskyj aufzuheben. Er wird beschuldigt, während der Präsidentschaft Wiktor Janukowytschs an einem Versuch mitgewirkt zu haben, die Führung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats unter die Kontrolle des Präsidenten zu bringen.
04.11.2016	Die Ukraine und Albanien schaffen die Visapflicht für Bürger des jeweils anderen Staates ab.
04.11.2016	Oleksandr Sachartschenko, »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, kündigt für das Jahr 2017 die Durchführung von Lokalwahlen an. Er erklärt, die Wahlen könnten auch selbständig, d. h. ohne Bezug auf die Minsker Vereinbarungen abgehalten werden.
05.11.2016	In einem Interview erklärt die neue US-Botschafterin in der Ukraine, Mary Yovanovitch, dass die USA die Ukraine nicht dazu auffordern würden, den politischen Teil der Minsker Vereinbarungen (u. a. eine Verfassungsänderung über einen Sonderstatus des Donbass) einseitig umzusetzen, bevor Russland den sicherheitspolitischen Teil (u. a. Schließung der ukrainisch-russischen Grenze und Abzug der ausländischen Kämpfer) implementiert habe.
06.11.2016	Die OSZE stellt erneut einen Anstieg der Zahl der Verletzungen des Waffenstillstands im Gebiet Donezk fest. Im Luhankser Gebiet dagegen sinkt die Zahl der Verstöße.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

**MANGOLD**  
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



## Kostenlose E-Mail-Dienste

# der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

### Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>